

Dresdner Volkszeitung

Hofschloßstr. 10, Dresden
Raben & Comp., Nr. 1908.

Organ für das werktätige Volk

Hauptredaktion:
Gebr. Arnold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Frangobrief mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Kleinzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 25 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen u. Mietsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 8

Dresden, Sonnabend den 10. Januar 1925

36. Jahrg.

Luthers Mission

Berlin, 9. Januar. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler Dr. Marx hat am Freitagabend 6 Uhr seinen Antrag an den Reichspräsidenten zurückgegeben, weil er seine Mission als endgültig gescheitert betrachtet. Vorher hatte ihm die Volkspartei mitteilen lassen, daß sie auch eine Beamtenregierung, also ein Kabinett unter Beteiligung der Staatssekretäre, bekämpfen werde. Der Reichspräsident empfing später einzelne Parteiführer zur Besprechung der Lage. Am Freitagabend sprach man bereits von einem Kabinett Luther, das fast rechts orientiert ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine derartige Regierung auf eine Unterstützung der Sozialdemokratie nicht rechnen kann. Ein rechtsorientiertes Kabinett Luther wird im Gegenteil unsere schärfste Opposition zu erwarten haben.

Ein Kapitel Regierungsbildung ist zu Ende gegangen. Marx gibt die Hoffnung auf. In seinem Grabe pflanzt Dr. Luther die Fahne des Rechtsblocks auf. Denn das ist nunmehr das Wahrscheinliche geworden. Der neue Mann ist Finanzminister im gegenwärtigen Kabinett, rechnet sich zur Volkspartei und hat sich das Vertrauen der Deutschnationalen in so weitgehendem Maße verdient, daß die Mannen Bergts diese Reichskanzlerschaft mit ausgedehnten Armen hinnehmen können.

Marx hat getan, was er konnte, das heißt: was ein Zentrumsmann, der in der Mitte seiner Partei steht, eben kann. Zunächst versuchte er es mit der großen Koalition. Sie scheiterte an der Deutschen Volkspartei, die eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie nicht will. Darauf bemühte sich der Reichskanzler um eine „überparteiliche“ Regierung, um ein Beamtenkabinett, um eine große Koalition ohne unmittelbare Verantwortlichkeit der Parteien, auf die sie sich stützt. Wenn das überparteiliche Kabinett Guno, seine Zerfahrenheit und sein Zusammenbruch im Ruhrkrieg noch in guter Erinnerung ist, der hat vom Kabinett der Verantwortungslosigkeit genug. Nicht einmal die bürgerlichen Parteien zeigten Interesse an einem solchen Kabinett Marx. So blieb denn dem Kanzler nichts weiter übrig als die Rechtsregierung. Aber gegen die hat er sich so entschieden erklärt, daß sie unter seinem Zepher nicht zustande kommen kann. Ein Kabinett Luther dürfte entstehen, das volkspartei- und deutschnational handelt, vom Zentrum gestützt und von den Demokraten toleriert werden wird.

Marx' Versuche, ein Kabinett zu bilden, waren gleichzeitig eine Tragikomödie des Zentrums und der Demokraten. Es gab für sie eine Möglichkeit, dem Rechtsblock zu entgehen: die Koalition von Weimar. Aber dazu hätte gehört, daß die beiden bürgerlichen Parteien, für die wichtige Teile der Weimarer Verfassung noch immer zum Programm gehören, den Kampf für die kleine Koalition aufgenommen hätten. Den Kampf, nicht nur ein Geiselhänder hinter den Kulissen und Wurfsteine in der Gesetzgebung. Diese kleine Koalition wäre zu wirklich republikanisch-demokratischer Reformpolitik nach innen und Verständigungspolitik nach außen verpflichtet gewesen. Aber Zentrum und Demokraten fehlt heute die frische Farbe der Entschlußkraft mehr denn je und ein Regieren ohne Volkspartei können sie sich kaum mehr vorstellen. Streifenmann ist ihre Konkurrenz. Eine Regierung bis zu den Deutschnationalen wollen sie nicht mitmachen, weil dann an den linken Flügeln der Mittelparteien die Ueberläuferei zur Sozialdemokratie beginnen könnte.

Zentrum und Demokraten haben eine kapitalistische und eine kleinbürgerliche Seele. Im Zentrum führt Dr. Wirth den linken Flügel, hinter ihm stehen die christlichen Gewerkschaften, die dem Zentrumsmann Dr. Gernies, bekannt geworden durch die billigen Weine, die er als Minister aus dem Saargebiet bezog, den Standpunkt markierten, als er in Preußen sich in den letzten Tagen für die Rechtsregierung einsetzte. Auf dem rechten Flügel steht die Zentrumskristokratie, Grundkapital, Vertreter der Schwerindustrie. Wenn Marx so strikte ablehnte, sich an einer Rechtsregierung zu beteiligen, so beweist das nur, wie stark der Kleinbürgerlich-proletarische Einfluß im Zentrum geworden ist. Jeder Schritt nach rechts stößt breite Massen vor die Nase, denn an der Steuerreform, die von dem neuen Kabinett gemacht werden muß, sind die Zentrumswähler, die nicht gerade zum kapitalistischen Lager gehören, hinreichend genug interessiert.

Ähnlich liegen die Dinge bei den Demokraten. Auch hier ein linker Flügel, hinter dem Beamtenstand, intellektuelle und kirchlich-bürgerliche Gewerkschaften marschieren, und ein rechter Flügel, der kapitalistisch denkt, fühlt und sich auch sonst von der Volkspartei kaum unterscheidet. Auf die Dauer sind natürlich diese ökonomischen Interessengegenstände innerhalb der Mittelparteien schwer zu ertragen. Sie können weder einen ernsthaften Schritt nach rechts, noch einen solchen nach links tun, und die Entwicklung wird auch in Deutschland bald denselben Gang nehmen wie in England, wo der Liberalismus zwischen den Wahlkreisen der ökonomischen Entwicklung bereits so gut wie getrieben worden ist.

Nimmt das Kabinett Luther zustande, so wird es der kaum verheilerte Rechtsblock sein. Er hat ohne Zentrum keine Mehrheit, aber wegen der Mittelparteien den Kampf für die Weimarer Koalition nicht, so sollten sie sich endlich für ein Regieren mit den Deutschnationalen entscheiden, denn dieses Hin- und Hergerreife hält auf die Dauer kein Pferd, geschweige denn ein Volk aus. Die Säule der Koalition werden auch im Reich eine Rechtsregierung nicht in den Himmel wachsen, wenn sich das arbeitende Volk fest um die Fahnen der Republik und die Banner des Sozialismus schart.

Beim Reichspräsidenten

SPD. Der Reichspräsident empfing am Freitag mittag den Reichstagspräsidenten Loh und die Vizepräsidenten Dr. Weill und Dr. Richter. Der deutschnationale Vizepräsident Graef, Thüringen, ist dem Empfang dem Reichspräsidenten gegenüber die Hoffnung aus, daß die baldige Bildung einer Regierung dem Reichstag eine entsprechende Arbeitsmöglichkeit bieten möge. Der Reichspräsident gab seinerseits der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung am Sonnabend zustande komme. Nachmittags um 6 Uhr erwiderte der Reichspräsident dem Reichstagspräsidenten. Auch hier fehlte der deutschnationale Vizepräsident. Die deutschnationalen Schriftführer waren ebenfalls abwesend.

Die Abwesenheit des Abgeordneten Graef während des Empfanges beim Reichspräsidenten gibt Anlaß, an den bekannten Vorfall aus dem Jahre 1912 zu erinnern, als Scheidemann zum Vizepräsidenten gewählt worden war. Damals hatten die Sozialdemokraten erklärt, im Präsidenten alle durch die Geschäftsordnung des Hauses vorgeschriebenen Verpflichtungen zu übernehmen. Dazu gehörte aber nicht der Empfang beim Kaiser. Scheidemann blieb infolgedessen fern. Die Folge war, daß als das Reichstagspräsidentium nach vier Wochen endgültig gewählt wurde, die bürgerliche Mehrheit keinen Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, die mit 112 Abgeordneten bei weitem die stärkste des Hauses war, mehr in das Präsidentium wählte. Das letzte Verbotenes des Abg. Graef zeigt, wie recht die Sozialdemokraten hatten, als sie bei seiner Wahl demonstrativ gegen ihn stimmten, obwohl es politisch an den Tatsachen nichts ändert, ob ein Deutschnationaler zu Ebert geht oder nicht.

Mißglückte Verteidigung

Wie wir erfahren, sind die Erzählungen des Genossen Heldt, die vor einigen Tagen im Reichstager Tagblatt veröffentlicht wurden, auch Reuten auf die Herzen gefallen, die sonst dem Ministerpräsidenten recht nahe stehen, und haben auch dort ein sehr lebhaftes Schütteln des Kopfes hervorgerufen. Gegenüber scheint der Ministerpräsident Heldt selbst auf seine Leistung sehr stolz zu sein. Ihm haben die Bemerkungen, die die Dresdner Volkszeitung an seine Auslassung knüpfte, recht wenig gefallen, aber die Sache wird nicht besser durch die Erwiderung, die Heldt durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreiten läßt. Diese Erwiderung sieht so aus:

Die Darlegungen des Ministerpräsidenten über die Entwicklung des sächsischen Staates und der Staatsverwaltung im letzten Jahre haben in einem Teile der sächsischen sozialdemokratischen Presse, besonders in der Dresdner Volkszeitung, lebhaften Unwillen ausgelöst. Solches vermögen die Mütter nicht zu erwidern. In den einzelnen Bewortungen sei folgendes festgesetzt:

1. Die Dresdner Volkszeitung bemängelt in den Darlegungen des Ministerpräsidenten den erforderlichen Takt und die Rücksichtnahme auf die eigene Partei. Es ist merkwürdig, daß ausgerechnet die Dresdner Volkszeitung über Kangel an Takt klagt, ein Blatt, das ein volles Jahr lang die sächsische Regierung und insbesondere die sozialdemokratischen Minister, also die eigenen Parteigenossen, unter Hintanhaltung jedes Taktes heruntergerissen und in der übelsten Weise herabzusetzen sich bemüht hat.

2. Von einem sehr schlechten Gedächtnis zeugt die Behauptung der Dresdner Volkszeitung, der Ministerpräsident hätte als Finanzminister nicht so lange in der Regierung Zeigner ausbleiben dürfen, wenn sie wirklich so übel gewirtschaftet hätte. Demgegenüber muß mancher leider vor der Offenheit darauf hingewiesen werden, daß der Ministerpräsident sich gegen die Berufung Zeigners in das Amt des Finanzministers gewandt und später wiederholt in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion betonte, daß die Politik Zeigners unbedingt zum Zusammenbruch führen müsse, und daß das Zeigner-Verfahren nur eine Zeitlang gehen könne, und daß eine Politik auf Abbruch getrieben werde. Sollte etwa der frühere Finanzminister Heldt, der ohnehin im Kabinett von Zeigner systematisch soviel wie irgend möglich von den Geschäften abgedrängt wurde, durch ein vorzeitiges Ausscheiden jeden Widerspruch gegen eine Entwicklung aufgeben, die er für unheilvoll hielt?

3. Der weitere Hinweis der Dresdner Volkszeitung darauf, daß unter Zeigner der frühere Ministerpräsident Buß zum Reichshauptmann und der Schwerindustrie- und Bergbau-Präsidenten der Landesversicherungsanstalt berufen worden sind, geht völlig fehl. Denn beiden Herren hat die gegenwärtige Regierung in der Ausübung ihres Amtes noch nichts in den Weg gelegt und denkt auch nicht im entferntesten daran, gegen sie etwas an unternehmen. Das entspricht dem Verhalten der Regierung all den vom

Die Sozialdemokratie zur Lohnsteuer

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Reihe von Anträgen zur Steuerfrage eingebracht. So verlangt ein Antrag zur Lohnsteuer die Erhöhung des steuerfreien Betrages auf 100 M. monatlich bzw. 24 M. wöchentlich, ferner eine Abänderung des Steuerzuges in der Weise, daß auch in den Fällen von Lohnausfällen infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung usw., sowie bei den Saisonarbeiten der volle jährliche steuerfreie Lohnbeitrag gutgebracht wird.

Ein Antrag zur Abänderung der Dritten Steuernotverordnung bezüglich der Mietsteuer verlangt, daß fünfzig mindestens 20 Prozent der Friedensmiete (das ist etwa der Betrag, der schon jetzt in allen Ländern als Hauszinssteuer besteuert) erhoben wird. Dieser Betrag soll aber nur zur Förderung des Wohnungsneubaus und zur Erhaltung aller Wohnungen Verwendung finden. Es wird ferner verlangt, daß ein Teil dieser Steuer als Mietzuschüsse an bedürftige Schichten gewährt wird.

Ein Gesetzentwurf verlangt die Öffenslegung der Steuerlisten, ein weiterer die Vorlegung einer Denkschrift über die Ergebnisse der Überprüfung. Schließlich wird auch die Befreiung der Doppelsteuerung der Genossenschaften bei der Umsatzsteuer beantragt.

Die Opposition rückt in die Kammer

L. Rom, 9. Januar. (Eig. Draht.) Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der gemäßigten Opposition über die Frage, ob man ins Parlament gehen soll oder nicht, sind nunmehr beilegt. Die Opposition ist gewillt, beim Zusammentritt des Parlaments am 13. Januar in der Kammer zu erscheinen.

Mussolinis Erklärung, daß die Kammer nach der Annahme des Budgetes aufgelöst werden könnte, hatte die Auffassung erzeugt, daß die Kammer bald aufgelöst werden würde. Am Freitagabend wird offiziell mitgeteilt, daß Mussolini „komme“ nur eine Möglichkeit und keinen festen Beschluß bedeute, da die Auflösung ein Vorrecht der Krone sei, und nicht vom Ministeramt abhängig. Mussolini will also die Krone vorspannen. Allgemein wird festgestellt, daß der Matteotti-Prozess jedenfalls vor den Neuwahlen erledigt sein muß.

In dem Dorfe Jorca haben sozialistische Wunden kommunistische Arbeiter durch Verleumdungen und Beschuldigungen provoziert. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, in denen ein Kommunist getötet und mehrere verwundet wurden. Die Polizei, die dem Kampf ein Ende machte, ließ die Dargestellten laufen und verhaftete die Kommunisten.

Kabinett Zeigner ernannten Beamten gegenüber, die ihre Pflichten und ihren Aufgaben gewachsen sind.

4. Im übrigen war es sehr unwahrscheinlich von der Dresdner Volkszeitung, an die Person des Reichshauptmanns Buß zu erinnern. Ist doch gerade Buß derjenige, dem die jetzigen Nachhader der Partei die Befähigung zur Wiedererhebung als Reichstagsabgeordneter überlassen mit der Begründung, daß sich seine Wiedererhebung mit seinem Amt nicht vertrage, da die Ausübung des Mandats ihn zu sehr in Anspruch nehmen würde. Wieviel mehr trifft diese Begründung der Partei doch auf den bisher in der Staatsregierung beschäftigten Abgeordneten Ebel zu. Denn, abgesehen von der Ausübung seines Landtagsmandats, benutzte er ja die übrige Zeit, um landauf und landab herumzureisen und mit verärgerten Wahlen die Regierung zu bekämpfen. Damit hat er die Auffassung der Regierung bestätigt, daß seine Stelle außerhalb d. Schlichtung sei davon erinnert, daß es derselbe Abgeordnete Ebel ist, den Zeigner in die Staatsregierung aufgenommen hat, weil er behauptete, dort durchaus nur einen Mann seiner politischen Auffassung gebrauchen zu können.

5. Wenn die Dresdner Volkszeitung weiter sagt, daß für die neue Gemeindevorbereitung die ganze sozialdemokratische Fraktion verantwortlich sei, so hat auch diese Behauptung nur formal den Schein der Berechtigung für sich, denn bei der Beratung der in Frage kommenden Bestimmungen ist aus der Fraktion heraus der damalige Minister des Innern Liebmann dringend gewarnt worden, Bestimmungen aufzunehmen, die sich jetzt in aller Schärfe gegen ihre Urheber auswirken. Liebmann hatte aber dafür kein Verständnis, sondern behauptet, daß die sehr ansehnlichen Bestimmungen in dem Gesetzentwurf hielten.

6. Schließlich scheint die Dresdner Volkszeitung völlig vergessen zu haben, daß unter der Zeigner-Regierung in Sachsen so gut wie jedes wirtschaftliche Unternehmen unterstanden oder gestört war. Wenn jetzt im sächsischen Wirtschaftslieben Berufung und Vertrauen eingezogen sind, so ist das, neben der allgemeinen Entwicklung der Lage, auch zu erklären, daß die jetzige Regierung sich von den kommunistisch beeinflussten Zeigner-Methoden fernhält.

In der Erwiderung wird behauptet, die Dresdner Volkszeitung habe die Regierung ein Jahr lang unter Hintanhaltung jedes Taktes heruntergerissen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Redaktion der sächsischen Zeitung der Dresdner Volkszeitung sich in den Händen eines Genossen befindet, der durchaus Anhänger der Koalition ist. Die Dresdner Volkszeitung hat fast alle Einwendungen aufgenommen, die von den engeren politischen Freunden des Genossen Heldt zur Verteidigung der Koalition veröffentlicht wurden. Selbstverständlich hat sie sich dadurch das Recht zur Kritik an den Handlungen der Regierung nicht nehmen lassen.

Aber selbst wenn der Ministerpräsident mit der Behauptung recht hätte, daß es seine Gegner in der Partei an dem nötigen Takt haben fehlen lassen, so würde das sein eigenes Auftreten noch nicht rechtfertigen. Schließlich muß